

Für eine kooperative Strategie in der Eurozone: zentrifugale Kräfte bekämpfen

Cacheux, Jacques le

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Cacheux, J. I. (2016). *Für eine kooperative Strategie in der Eurozone: zentrifugale Kräfte bekämpfen*. (DGAP-Analyse, 12). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55968-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Für eine kooperative Strategie in der Eurozone

Zentrifugale Kräfte bekämpfen

Jacques Le Cacheux

Zusammenfassung Zum Zeitpunkt der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung im Jahr 1999 bestanden ausgeprägte wirtschaftliche Unterschiede zwischen den einzelnen Eurostaaten. Diese schienen sich jedoch in späteren Jahren schrittweise zu reduzieren. Erst die Rezession in Folge der Finanzkrise des Jahres 2008 brachte diesen langsamen Angleichungsprozess ins Stocken. Schließlich leiteten die Strukturanpassungsmaßnahmen, die in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise aufgelegt wurden, eine Entwicklung ein, welche die Eurostaaten immer weiter auseinanderdriften ließ – ein Trend, der bis heute andauert. Er erschwert die Arbeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und untergräbt die Legitimität der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In Zeiten anhaltender Wachstumsschwäche im Süden Europas und Ungleichgewichten in der Eurozone zeigt sich, dass die bestehenden Politikansätze gleichermaßen für ein Krisenland wie Griechenland wie auch ein Überschussland wie Deutschland wenig hilfreich sind. Statt an der Durchsetzung der Regelwerke und Empfehlungen der EU-Kommission rund um die Strukturanpassungsmaßnahmen festzuhalten und lediglich auf die Symptome der Krise zu reagieren, empfiehlt es sich, die Ziele der Strategie Europa 2020 stärker zur Maxime weiterer Maßnahmen zu machen: Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Potenzials für nachhaltiges Wachstum sollten Prioritäten wirtschaftspolitischen Handelns in der Eurozone werden.

Inhalt

- 3** Für eine kooperative Strategie in der Eurozone
Zentrifugale Kräfte bekämpfen
von Jacques Le Cacheux
- 3** **Einleitung**
- 4** **Unterschiedliche Lebensstandards**
- 7** **Charakteristika der Ungleichgewichte**
- 10** **Strukturanpassungsmaßnahmen**
- 12** **Der Fortbestand struktureller Ungleichgewichte**
- 19** **Politische Schlussfolgerungen**
- 21 Anmerkungen

Für eine kooperative Strategie in der Eurozone

Zentrifugale Kräfte bekämpfen

Jacques Le Cacheux

Einleitung

Sowohl die Römischen Verträge (1957), welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gründeten, als auch der Vertrag von Maastricht (1992), auf dem die Gründung der Europäischen Union fußt und der die Schaffung einer gemeinsamen Währung einleitete, benannten ehrgeizige Ziele des europäischen Integrationsprozesses. Im Fokus stand dabei, den Lebensstandard der europäischen Bürger zu verbessern und anzugleichen. Derartige Ziele sind zweifelsohne unabdingbar, um einer Staatengemeinschaft mit gemeinsamem Markt und freiem Verkehr von Gütern, Kapital und Personen den notwendigen Zusammenhalt zu geben. Von noch größerer Bedeutung sind sie, wenn diese Gemeinschaft eine Währung teilt, die von einer gemeinsamen Zentralbank verwaltet wird. Sie sind außerdem wichtig, um dem Friedensprojekt EU in den Augen seiner Bürger Legitimität zu verleihen. Über die Jahrzehnte hat dieses Projekt Gestalt angenommen: Dank einer substanziellen Ausweitung der europäischen Strukturfonds und einer pragmatischen Wechselkurspolitik im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) in den 1980er-Jahren und unter dem Druck der „Maastricht-Kriterien“ in den 1990er-Jahren hat sich der durchschnittliche Lebensstandard in den Mitgliedstaaten tendenziell angenähert. Auch im ersten Jahrzehnt nach Gründung der Eurozone setzte sich diese Entwicklung fort, wenn auch zum Preis von zunehmenden Ungleichgewichten in Bezug auf die Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit.¹

Die Finanzkrise 2008/2009 und die finanzpolitischen Maßnahmen, welche die Haushaltsungleichgewichte in den Eurostaaten nach der Staatsschuldenkrise 2010/2011 reduzieren helfen sollten, unterbrachen jäh diesen Angleichungsprozess. Sie scheinen Zentrifugalkräfte freigesetzt zu haben, die bis heute wirken: Die Unterschiede im durchschnittlichen Lebensstandard zwischen den Kernländern der Eurozone – Deutschland, Österreich, Belgien, Finnland, Niederlande und, zu einem geringeren Maß, Frankreich – und der Peripherie vor allem im Süden Europas, in Spanien, Griechenland, Italien und

Portugal, haben sich deutlich vergrößert. Zudem führten die politischen Maßnahmen, die eigentlich wieder ein Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen herstellen und die Differenzen in der Wettbewerbsfähigkeit verringern sollten, in den Jahren 2011 und 2012 zu einem Rückfall in die Rezession und einer nur langsamen Erholung in den Folgejahren. Die Folge waren hohe Arbeitslosigkeit, eine sinkende Beschäftigungsquote und die Vernichtung von Arbeitsplätzen in den südeuropäischen Staaten. Die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit bestehen fort.

Im Juli 2015 wurde nach einem langen Nervenspiel ein drittes Hilfspaket für Griechenland verabschiedet. Zugleich erklärte der Internationale Währungsfonds (IWF) den griechischen Schuldenstand für untragbar und einen Schuldenschnitt für unumgänglich. Mitte 2016 erscheinen die makroökonomischen Daten der Eurostaaten zwar besser als in den vergangenen Jahren, doch liegt das Wirtschaftswachstum weiterhin unter dem Niveau vor der Krise und dem der meisten anderen OECD-Staaten. Die Zukunftsperspektiven bleiben mittelmäßig und unsicher. Zwar haben sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zum Teil reduziert. Allerdings überschreiten die Defizite der öffentlichen Haushalte in mehreren Ländern weiterhin deutlich die durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze von drei Prozent. Die Europäische Kommission entschied sich daraufhin, Sanktionsverfahren gegen Spanien und Portugal einzuleiten. Gleichzeitig erkannte sie an, dass die Länder Anstrengungen unternommen hatten und ihnen die schwierige Situation ihrer Haushalte, die aktuell im Begriff sind, sich zu erholen, nicht vollständig anzulasten war. Unter diesen Bedingungen gerät nicht nur die europäische Integration, allen voran die Wirtschafts- und Währungsunion, ins Wanken. Auch erweist sich die makroökonomische Steuerung der Eurozone als zunehmend schwierig.

Der erste Teil dieses Beitrags beschreibt zunächst die Entwicklung der produktionsbezogenen Indikatoren und des durchschnittlichen Lebensstandards in der Eurozone. Im zweiten Teil geht es um die Gründe für das seit dem

Jahr 2008 beobachtete Auseinanderdriften der Eurozone. Die politischen Maßnahmen, die seit der Schuldenkrise auf Veranlassung der europäischen Institutionen oder der Regierungen der Gläubigerstaaten in den am stärksten von der Finanzkrise betroffenen Staaten umgesetzt wurden, werden im dritten Teil analysiert. Dabei soll auf Unzulänglichkeiten und die negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen ebenso hingewiesen werden wie auf die Gefahren, die deren Weiterführung bergen würde. Im vierten Teil wird es um den Fortbestand einiger Ungleichgewichte gehen. Abschließend werden Möglichkeiten für eine künftige makroökonomische Steuerung der Eurozone aufgezeigt, die das Ziel des gemeinsamen Wohlstands erreichen helfen könnten. Dies ist in Zeiten, in denen die Legitimität der EU von vielen Bürgerinnen und Bürgern angezweifelt wird – was nicht zuletzt im kommenden Wahljahr in Deutschland und Frankreich eine Rolle spielen wird – besonders geboten.

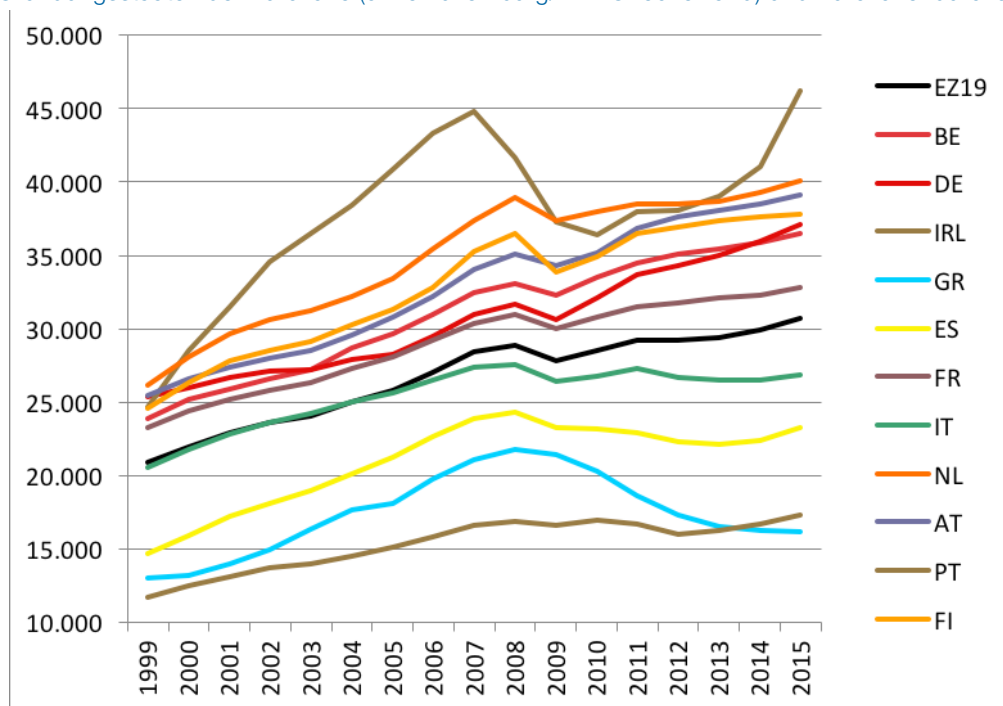
Unterschiedliche Lebensstandards

In der Nachkriegszeit wich das Niveau des durchschnittlichen Lebensstandards in den Ländern der heutigen Eurozone stark voneinander ab. In den Jahrzehnten vor der Finanzkrise 2008 hingegen näherte es sich langsam an. Wie Grafik 1a² zeigt, stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den meisten Eurostaaten – mit Ausnahme von Deutsch-

land, Italien und Portugal – während des ersten Jahrzehnts der Gemeinschaftswährung ab 1999 deutlich an. Die Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten nahmen tendenziell ab. Da die Rezession des Jahres 2009, die auf die Finanz- und Bankenkrise 2008 folgte, sich in den wohlhabenderen Eurostaaten deutlicher ausgeprägt zeigte, reduzierten sich die Abweichungen beim BIP pro Kopf 2009 sogar noch leicht: Das Verhältnis von Portugal (16.600 Euro) und den Niederlanden oder Irland (37.400 Euro) war mit 2,25 vergleichbar mit dem Stand von 1999. Ein Blick auf die größten Abweichungen zwischen Euro-Gründungsstaaten (Grafik 1b, Seite 5) zeigt, dass das Verhältnis nach den Hilfspaketen und der Verabreichung finanzpolitischer „Medizin“ an die Opfer der Schuldenkrise des Jahres 2010 in der europäischen Peripherie zwischen dem „ärmsten“ (Griechenland mit 16.200 Euro) und dem „wohlhabendsten“³ Land (Irland mit 47.299 Euro) den Wert 3 erreichte. Betrachtet man nur die größten Volkswirtschaften der Eurozone – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien (Grafik 1c und 1d, Seiten 5 und 6) –, betrug das Verhältnis zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Pro-Kopf-BIP im Jahr 2015 1,6 gegenüber 1,3 im Jahr 2009. Das BIP pro Kopf in Spanien lag damit noch niedriger als zum Höhepunkt der Finanzkrise im Jahr 2008. Und die Diskrepanz zwischen dem französischen und dem deutschen durchschnittlichen BIP pro Kopf, die im Jahr 2009 noch völlig unerheblich war,

Grafik 1a: Jährliches BIP pro Kopf in Euro (in Euro zu laufenden Preisen)

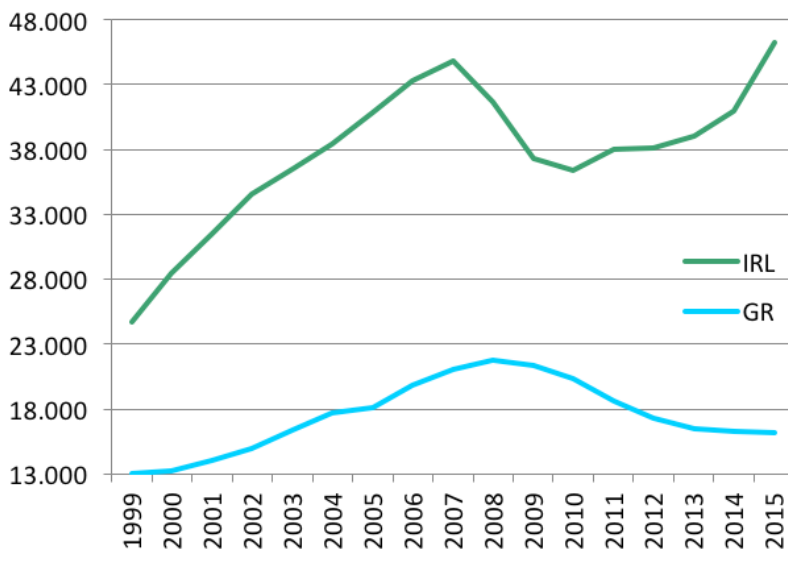
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland) und Eurozonendurchschnitt



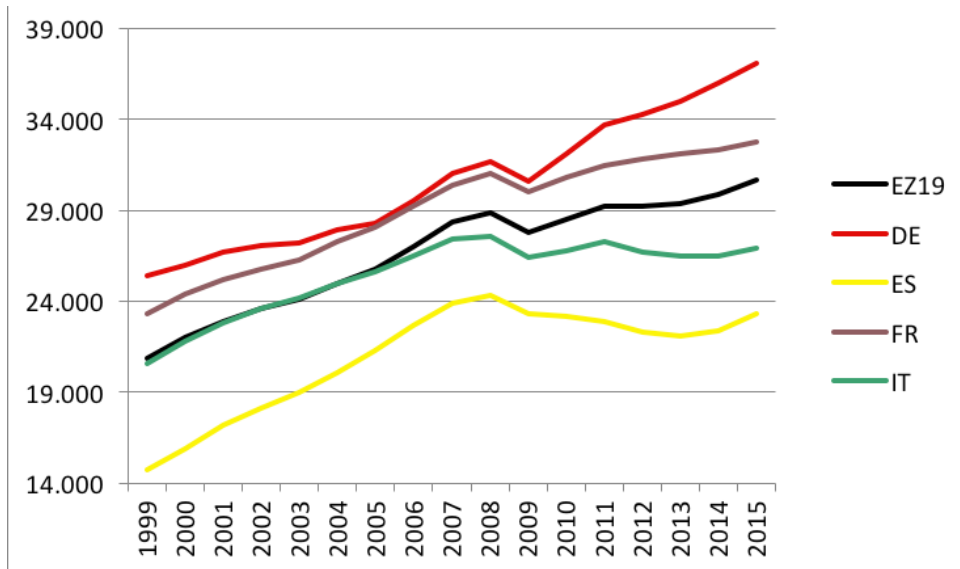
Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_pc&lang=en, abgerufen am 20.06.2016

Grafik 1b: Jährliches BIP pro Kopf in Euro (in Euro zu laufenden Preisen)

Ungleichgewichte der kleinen Volkswirtschaften in der europäischen Peripherie

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_pc&lang=en, abgerufen am 20.06.2016**Grafik 1c: Jährliches BIP pro Kopf in Euro (in Euro zu laufenden Preisen)**

Die vier großen Volkswirtschaften der Eurozone und Eurozonendurchschnitt

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_pc&lang=en, abgerufen am 20.06.2016

lag 2015 bei 4300 Euro. Während das BIP die Produktion innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft⁴ bemisst, umfasst das Bruttonationaleinkommen (BNE) die Einkommen aller Einwohner eines Landes (Grafik 2a). Im Jahr 1999 betrug das Verhältnis zwischen dem höchsten (Niederlande) und dem niedrigsten BNE (Portugal) 2,13. Im letzten Jahr, für das Zahlen vorliegen, 2013, lag das Verhältnis – diesmal zwischen Österreich und Portugal – bei 2,4. Unter den größten Volkswirtschaften der Eurozone, Deutschland und Spanien, belief sich das Verhältnis im Jahr 1999 auf 1,67 gegenüber 1,31 im Jahr 2008 und

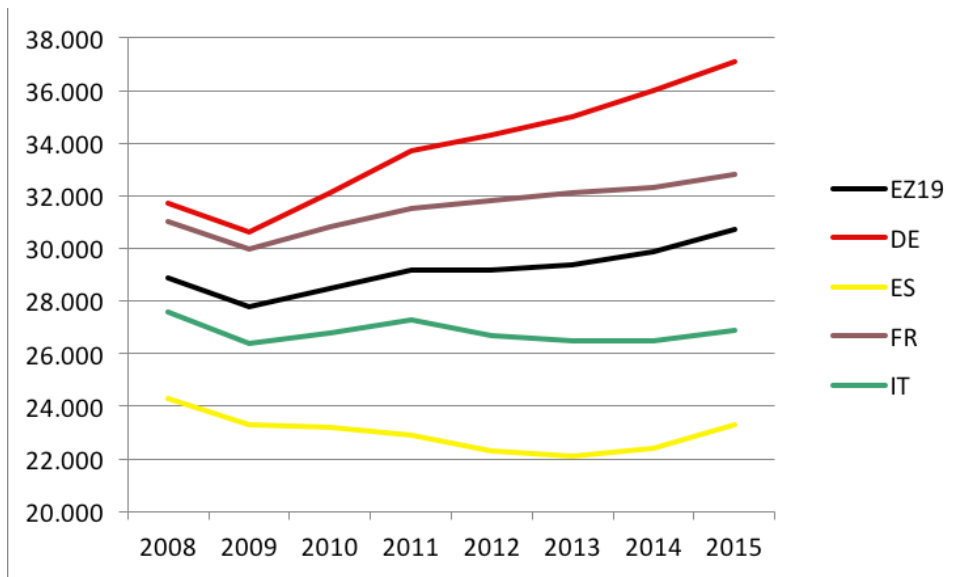
1,55 im Jahr 2013. Dies entspricht Werten von etwa 8000 Euro Unterschied im jährlichen Durchschnittseinkommen zwischen Deutschland und Spanien im Jahr 2008 gegenüber mehr als 12.000 Euro im Jahr 2013!

Charakteristika der Ungleichgewichte

Wie aber lässt sich die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Eurostaaten nach 2009 erklären, nachdem die vorausgehenden Jahrzehnte eher von einem Angleichungsprozess geprägt waren? Warum haben einige Staaten, darunter Deutschland, schnell zu einem

Grafik 1d: Jährliches BIP pro Kopf in Euro (in Euro zu laufenden Preisen)

Die vier großen Volkswirtschaften der Eurozone und Eurozonendurchschnitt seit der Rezession



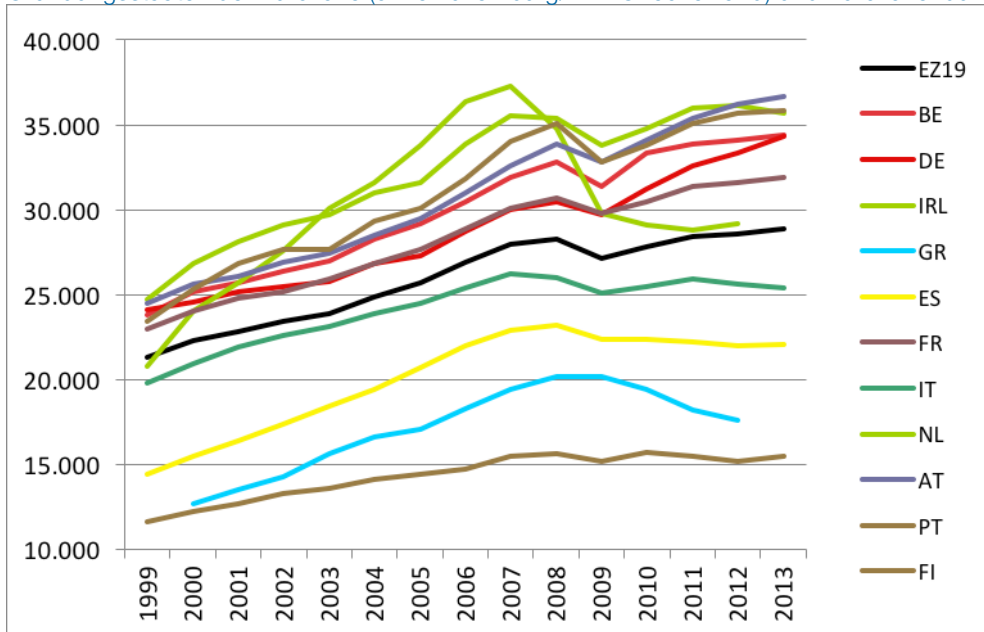
Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_pc&lang=en, abgerufen am 20.06.2016

befriedigenden Wachstum zurückgefunden, während die meisten anderen Länder weitgehend in wirtschaftlicher Stagnation verharren? Einige Länder, vor allem im Süden Europas, haben sich bis heute nicht vom Rückgang der Wirtschaftsleistung erholt: Im Jahr 2013 hatten weder Italien und Spanien noch Griechenland und Portugal das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens aus Vorkrisenzeiten erreicht, im Jahr 2015 lag das BIP pro Kopf sogar unter dem Wert von 2008.

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese für die Zukunft der Eurozone zentrale Frage stößt man auf zwei Narrative, die sich grundlegend unterscheiden. Das erste Narrativ hebt die makroökonomischen und finanziellen Ungleichgewichte der Volkswirtschaften in der europäischen „Peripherie“ hervor, die bereits in den Jahren vor der Finanzkrise 2008 und der Rezession 2009 – beides Ereignisse, die übereinstimmend als exogene Schocks verstanden werden – bestanden hätten. Der Anglei-

Grafik 2a: BNE pro Jahr pro Einwohner in den wichtigsten Staaten der Eurozone (in Euro zu laufenden Preisen)

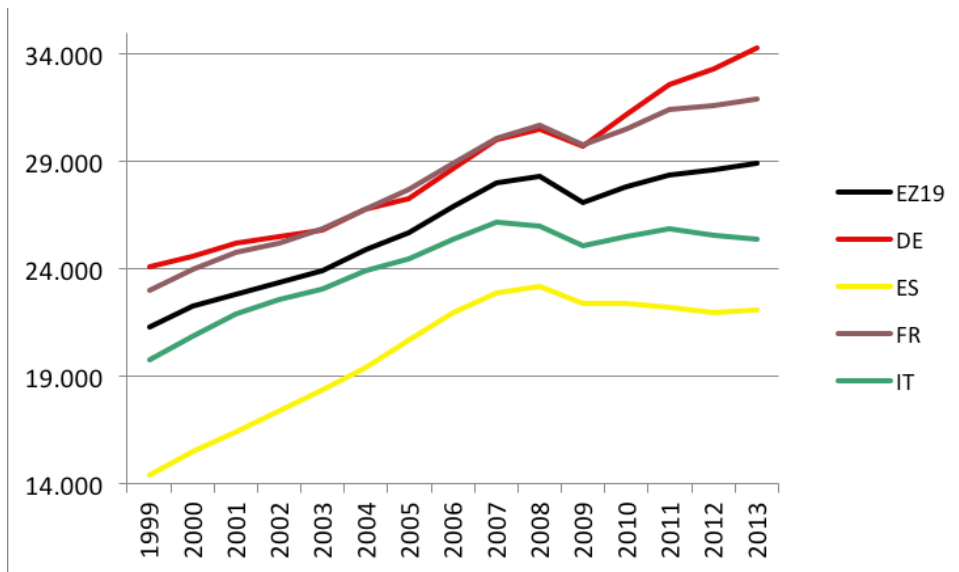
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland) und Eurozonendurchschnitt



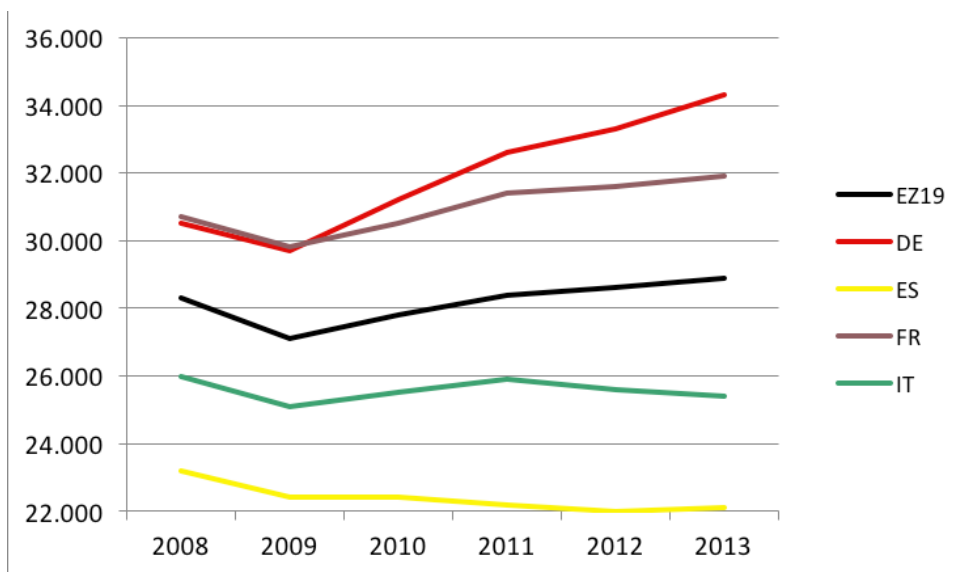
Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_inc_c&lang=en, abgerufen am 30.06.2016

Grafik 2b: BNE pro Jahr pro Einwohner in den wichtigsten Staaten der Eurozone (in Euro zu laufenden Preisen)

Die vier größten Volkswirtschaften der Eurozone und Eurozonendurchschnitt

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_inc_c&lang=en, abgerufen am 30.06.2016**Grafik 2c: BNE pro Jahr pro Einwohner in den wichtigsten Staaten der Eurozone (in Euro zu laufenden Preisen)**

Die vier größten Volkswirtschaften nach der Rezession

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_inc_c&lang=en, abgerufen am 30.06.2016

chungsprozess während des ersten Euro-Jahrzehnts sei daher rein künstlich gewesen und die Daten seien kaum haltbar. Sie beruhten nämlich vor allem auf zu geringen Realzinssätzen im Verhältnis zu den finanziellen Ungleichgewichten durch Staatsverschuldung, private Verschuldung und Auslandsschulden sowie auf Fehlentwicklungen bei den Lohnkosten, was sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften auswirkte. Auch das Wirtschaftswachstum habe sich unausgewogen gestaltet und auf Finanz- und Immobilienblasen sowie

exzessiver Verschuldung basiert – den Ursachen für den späteren Zusammenbruch.

Das zweite Narrativ – dem hier der Vorzug gegeben wird – erkennt die Existenz von Ungleichgewichten durchaus an. Zugleich sieht es die Strukturanpassungsmaßnahmen, die zwischen 2010 und 2014 durchgeführt wurden, als Ursache für das Abrutschen einiger Volkswirtschaften der Eurozone. Die finanziellen Hilfspakete nach der Staatsschuldenkrise gingen mit Bedingungen einher, nämlich einer schnellen Senkung der Haushaltsdefizite und „Strukturreformen“. Die jeweils folgenden

Maßnahmen schwächten die Binnennachfrage in den Ländern und verlängerten die Phase wirtschaftlicher Depression. Damit stellten sich die Strukturanpassungsmaßnahmen nicht nur für die betroffenen Länder als langwierig und kostspielig heraus. Sie waren es auch für ihre europäischen Partner, die unter der schwachen Nachfrage in der gesamten Eurozone litten. Die Haushaltsdefizite konnten daher nur in geringerem Maße als geplant abgebaut werden und die Massenarbeitslosigkeit ist in zahlreichen Euro-Ländern zum Langzeitphänomen geworden.⁵

Zwangsläufig hat die Rezession die Haushaltsdefizite der Eurostaaten (Grafik 4, Seite 9) – und aller anderen Staaten – durch die Auswirkung der sogenannten „automatischen Stabilisatoren“ verschärft: Der Einbruch der Wirtschaftsaktivität um 4,5 Prozent in der Eurozone im Jahr 2009 (siehe oben, Grafik 3) hat zu einem drastischen Rückgang der Steuereinnahmen geführt und einige Ausgaben deutlich erhöht (etwa Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfeleistungen), was das Haushaltsdefizit weiter anwachsen ließ. Mehrere Regierungen mussten zudem den nationalen Bankensektor finanziell stützen, was ebenfalls zu Lasten der öffentlichen Haushalte ging. Und nicht zuletzt legten alle Länder Konjunkturpakete auf, um die Wirtschaftsleistung anzukurbeln, und zwar in unterschiedlicher Form und unkoordiniert⁶. In Folge dessen sind die Staatsverschuldungsquoten, die zuvor in

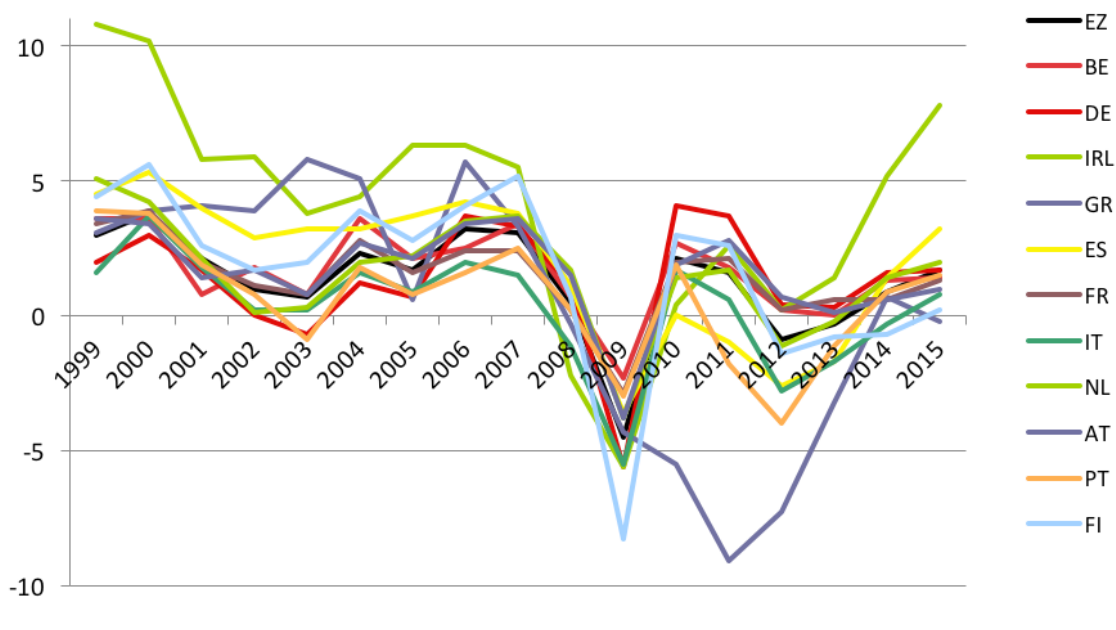
den meisten Ländern der Eurozone im Sinken begriffen waren, stark gestiegen (Grafik 5, Seite 9). Der Bruttonominalschuldenstand blähte sich auf, während das nominale BIP abnahm.

Strukturanpassungsmaßnahmen

Bei den ersten Anzeichen für eine Erholung der Wachstumswahlen wurden Maßnahmen zur Strukturanpassung und „Haushaltskonsolidierung“ eingeleitet. Sie zielten in erster Linie auf eine Senkung der Haushaltsdefizite. Diese Maßnahmen sollten die „Staatschuldenkrise“ eindämmen, die doch erst durch die Sorge auf den Finanzmärkten angesichts des raschen Anstiegs der Staatsverschuldung in einigen Ländern der Eurozone entstanden war. Die Sparprogramme, die je nach Zielland unterschiedlich zusammengesetzt waren, umfassten zum einen Maßnahmen zur Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. Dazu zählten Kürzung öffentlicher Investitionen, Senkung der Gehälter für Staatsbedienstete, Stellenabbau sowie Kürzung der Sozialleistungen und Renten. Zum anderen enthielten sie Maßnahmen zur Erhöhung der Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer, die überall deutlich angehoben wurde.⁷ Die Sparprogramme wurden den Ländern, die Finanzhilfen erhielten, auferlegt. Sie wurden auch in den Staaten umgesetzt, die das Defizitkriterium nicht erfüllten. Diese restriktiven und unkoordinierten Maß-

Grafik 3: Jährliche BIP-Wachstumsraten (in Prozent)

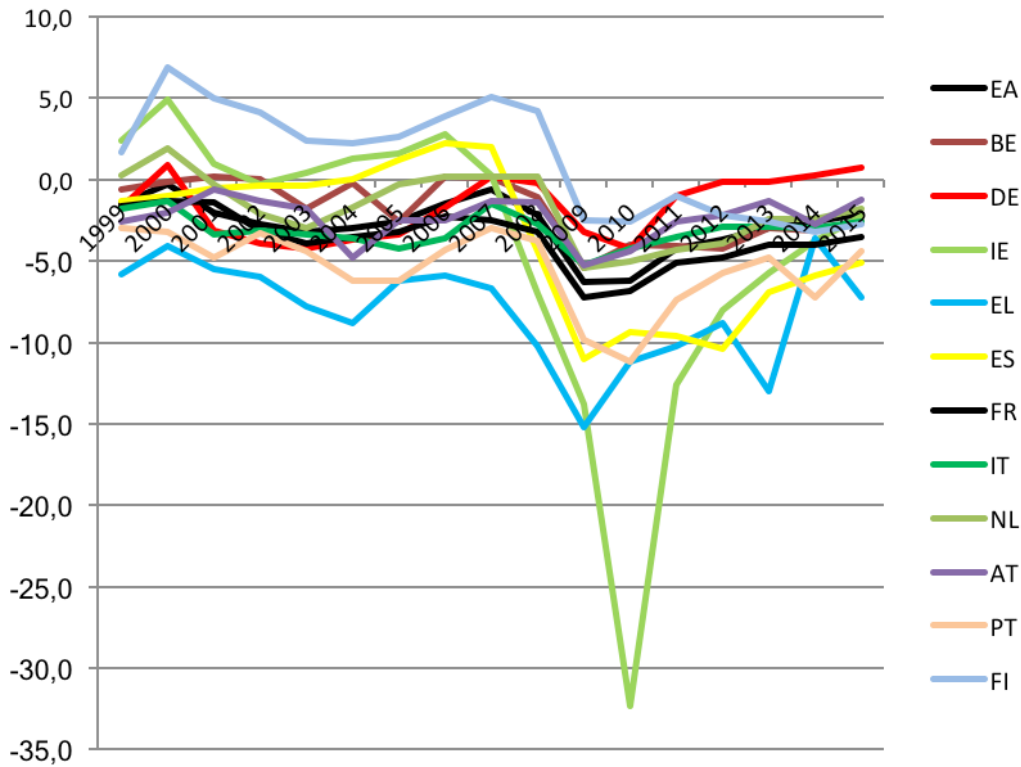
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland) und Eurozonendurchschnitt



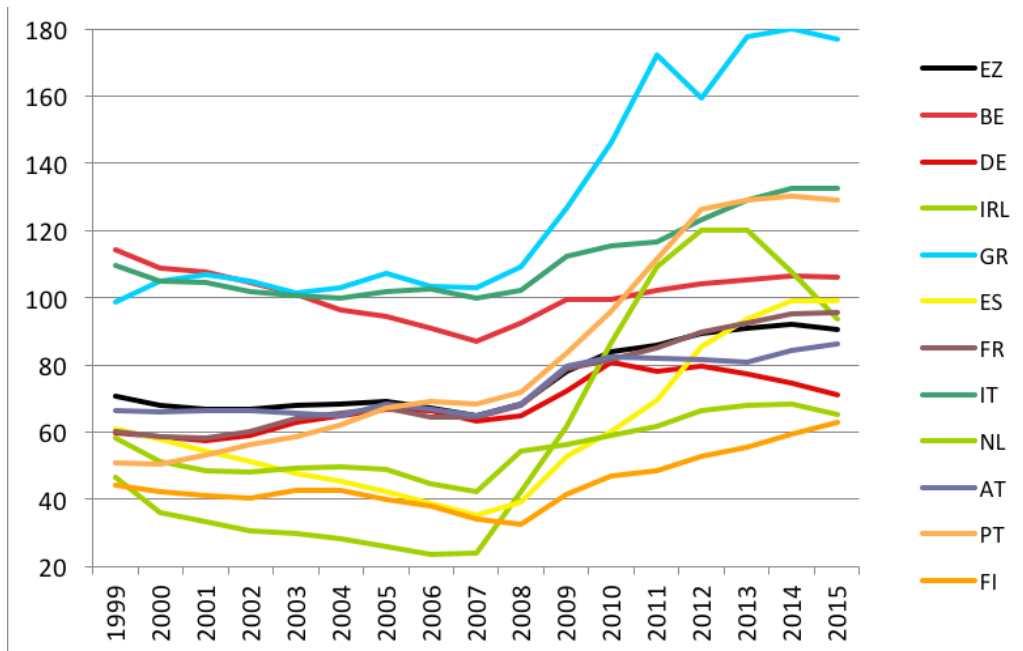
Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_gdp&lang=de, abgerufen am 17.07.2016

Grafik 4: Haushaltsdefizite (in Prozent des BIP)

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland) und Eurozonendurchschnitt

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=gov_10dd_edpt1&lang=en, abgerufen am 17.07.2016**Grafik 5: Verhältnis der Staatsverschuldung (in Prozent des BIP)**

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland) und Eurozonendurchschnitt

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=gov_10dd_edpt1&lang=en, abgerufen am 17.07.2016

nahmen zeigten im Zusammenspiel mit schwacher Wirtschaftsleistung und hoher Arbeitslosigkeit eine besonders negative Wirkung, zumal die fiskalischen Multiplikatoren

erhöht⁸ waren. Die Maßnahmen bewirkten ab dem Jahr 2011 eine Rückkehr der Krise in Griechenland, in den Jahren 2012 und 2013 in der gesamten Eurozone (Gra-

fik 3, Seite 8). Dies bremste die Sanierung der öffentlichen Haushalte (Grafiken 4 und 5, Seite 9). Die Schuldenquoten verbesserten sich seit dem Jahr 2014 nur langsam, lediglich Deutschland und Irland gelang ein deutlicher Schuldenabbau.

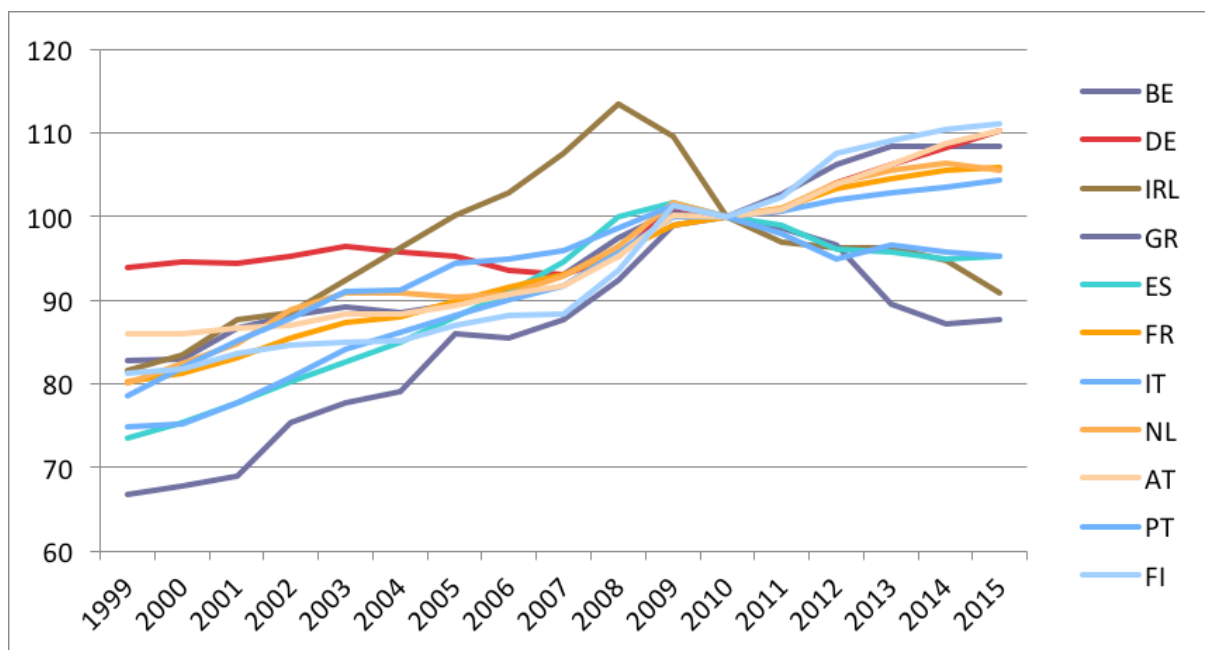
Das zweite Ziel der Strukturanpassungsmaßnahmen war die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten, die Finanzhilfen erhielten. Wie Grafik 6a (Seite 11) zeigt, stiegen die Lohnstückkosten – übliche Messeinheit zur Ermittlung der Kostenwettbewerbsfähigkeit in einer Währungszone – in fast allen Eurostaaten vor der Rezession 2009 an. Lediglich in Deutschland lässt sich seit der Einführung des Euro eine gewisse Lohnzurückhaltung beobachten. In Folge der Hartz-Gesetze, die im Jahr 2004 in Kraft traten, ist sogar ein Rückgang der Lohnstückkosten zu verzeichnen. Der Anstieg der Lohnstückkosten, und damit der Rückgang der Kostenwettbewerbsfähigkeit, waren in Irland und Griechenland besonders ausgeprägt. Etwas weniger stark, doch immer noch deutlich, war er in Italien, Spanien und Portugal und zumindest spürbar in Ländern wie Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Finnland. Nach der Rezession 2009 verlangsamte sich der Anstieg der Lohnstückkosten in allen Ländern außer Deutschland, Österreich und Finnland. In den Staaten, die finanzielle Hilfen erhielten, insbesondere in Griechenland und Irland (Grafik 6b, Seite 11), setzte

sogar ein Rückgang ein. Grund dafür waren die „Strukturreformen“, die in diesen Ländern umgesetzt wurden. Sie gingen meistens mit Arbeitsmarktreformen und einer Senkung der Sozialabgaben einher, was die Lohnkosten drückte. Dieser seit dem Jahr 2010 in Griechenland und Irland zu beobachtende Rückgang der Lohnstückkosten – von ungefähr 12 bzw. 10 Prozent – genügt jedoch bei Weitem nicht, um den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit seit der Gründung der Eurozone gegenüber Deutschland zu kompensieren. Während die Lohnstückkosten in Deutschland zwischen 1999 und 2010 um etwas mehr als sechs Prozent gestiegen waren, wuchsen sie in Portugal um 27 Prozent, um ungefähr ein Drittel in Spanien und Italien, um etwa 40 Prozent in Irland (bis 2009) und um fast 50 Prozent in Griechenland!

In Steuer- wie in Wettbewerbsfragen zeigte sich die gewählte Strategie damit im Wesentlichen als nicht-kooperativ. Sie basiert auf dem Prinzip der „fiscal devaluation“, das heißt Senkung der Steuern und Abgaben mit Auswirkung auf die Lohnkosten und Anhebung der Mehrwertsteuer, was einer Senkung des relativen Preisniveaus der Exporte gegenüber den Importen entspricht, da erstere von der Steuer befreit sind. Zudem liegt ihr das Prinzip einer „inner devaluation“, also einer Senkung der Produktionskosten vor allem im Lohnbereich, zugrunde.

Grafik 6a: Lohnstückkosten (2010 = 100)

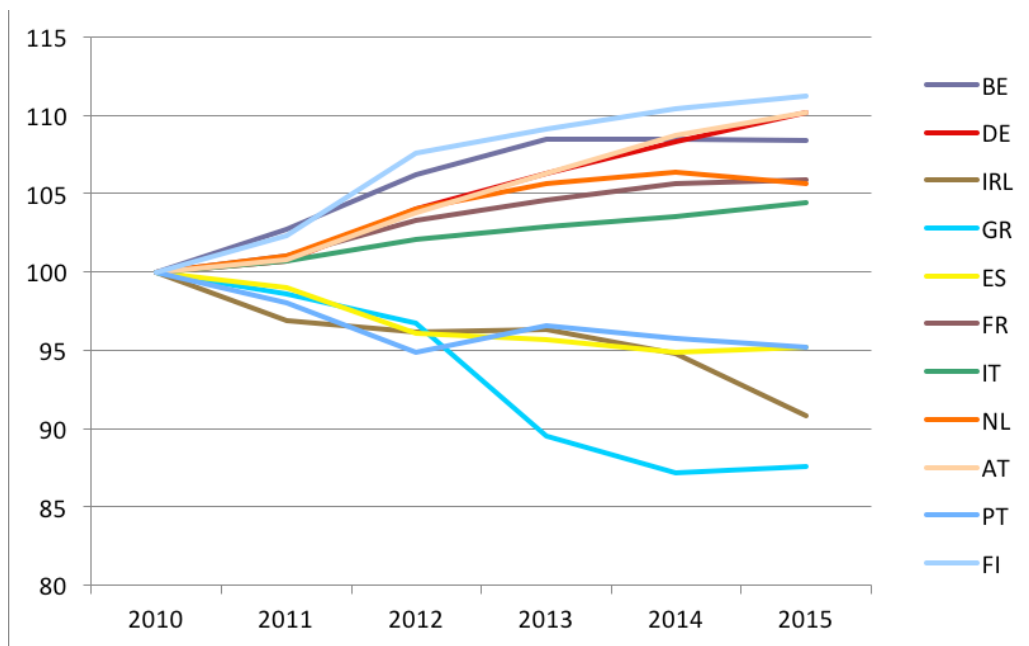
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland), 1999–2015



Quelle: Eurostat 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tipsim20&plugin=1>, abgerufen am 17.07.2016

Grafik 6b: Lohnstückkosten (2010 = 100)

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland), 2010–2015

Quelle: Eurostat 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tipslm20&plugin=1>, abgerufen am 17.07.2016**Der Fortbestand struktureller Ungleichgewichte**

Die Strukturanpassungsmaßnahmen in den Ländern, die Finanzhilfen erhielten sowie in Frankreich und Italien, zeigten bei der Senkung der Haushaltsdefizite nur langsam⁹ und im Bereich der Staatsverschuldung lediglich begrenzt Wirkung. Vor allem trugen sie nicht dazu bei, die strukturellen Ungleichgewichte der Volkswirtschaften Griechenlands, Zyperns, Portugals, Spaniens und Irlands auszugleichen. Vielmehr verstärkten sie diese zum Teil sogar und vergrößerten damit die makroökonomischen Divergenzen in der Eurozone weiter.

Entsprechend der im Jahr 2012 verabschiedeten Haushaltsvorschriften (Europäischer Fiskalpakt) muss die Haushaltspolitik der Eurostaaten darauf abzielen, bis zum Jahr 2032 die öffentliche Schuldenquote unter die Marke von 60 Prozent des BIP zu senken. Theoretisch sind damit alle Staaten, deren Schuldenquote diesen Wert überschreitet – also fast alle Länder der Eurozone –, gezwungen, den Schuldenstand jedes Jahr um ein Zwanzigstel des Wertes, den dieser über dem Maximum liegt, zu reduzieren. Die meisten Länder sind hiervon jedoch noch weit entfernt. Dies bedeutet, dass das Austeritätsprinzip die Haushaltspolitik noch viele Jahre bestimmen wird.

Die anhaltende Wirtschaftsschwäche führte in den betroffenen Ländern zudem zu Massenarbeitslosigkeit. Diese ist zu einem dauerhaften Phänomen geworden. Die Arbeitslosenquote liegt in Spanien und Griechenland seit dem Jahr 2010 über 20 Prozent. Noch

besorgniserregender als die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist jedoch die Entwicklung der Beschäftigungsquote: Wie Grafik 7a zeigt, stieg die Beschäftigungsquote in den meisten Eurostaaten im Jahrzehnt vor der Krise 2009 an. Dies führte insgesamt zu einer Annäherung der Staaten untereinander und entsprach somit den Zielen, welche die EU im Rahmen der Lissabon-Strategie formuliert hatte. Seit 2009 jedoch (Grafik 7b, Seite 13) sinkt die Beschäftigungsquote in der „Peripherie“ der Eurozone deutlich, während sie sich in Deutschland steigerte. In Frankreich und den anderen Ländern „im Herzen“ Europas blieb sie zumindest stabil. Die Quote ist in Griechenland nach wie vor sehr niedrig. In Spanien und Irland zeigt sich derzeit wieder ein leichter Aufwärtstrend. Dennoch bleibt die Lage in Bezug auf die Beschäftigungsquote für die künftige Wirtschaftsentwicklung dieser Länder bedenklich.¹⁰

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in diesen Volkswirtschaften seit 2009 gibt Anlass zur Sorge vor einem dauerhaft niedrigen Wachstumspotenzial in einigen Staaten der „Peripherie“. Vor dem Hintergrund einer insgesamt geringen Arbeitsproduktivität im gesamten Euroraum seit dem Jahr 2010 (Grafik 8, Seite 13) stieg diese in Spanien deutlich an, während sie in Griechenland, Italien und auch in Finnland sank.¹¹ Die Wettbewerbsfähigkeit bei den Kosten (Reduktion der Lohnstückkosten, vgl. Grafik 6b, Seite 11) konnte somit in einigen Ländern, die Finanzhilfen erhielten, lediglich durch eine Senkung der Nominallohne erreicht werden und nicht durch eine Produktivitätssteigerung. Letztere wäre jedoch für

das Funktionieren dieser Volkswirtschaften nötig. Sie hätte durch eine andere Form struktureller Anpassungsprogramme erreicht werden können.¹²

Die finanziellen Ungleichgewichte im Privatsektor, die Auslöser für die Finanzkrise in den USA in den Jahren 2007/2008 waren und wegen denen sich die Finanzkrise auf Europa ausweitete, wurden von den europäischen Behörden lange ignoriert. Die Europäische Kommission reagierte erst im Jahr 2011 mit der Einführung eines sogenannten „Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht“ (Macroeconomic Imbalance Procedure – MIP). Bis heute haben sich die Ungleichgewichte im Privatsektor jedoch in mehreren der Länder, die von der „Staatsschuldenkrise“ betroffen waren, kaum verändert (Grafik 9a, Seite 14). Gemäß des prozentualen Anteils am BIP scheint sich die private Verschuldung in Deutschland zu verringern, ebenso in Spanien und Portugal seit 2010. In Griechenland und Italien dagegen ist sie gleichbleibend hoch, in Frankreich und insbesondere Irland stieg sie sogar an, was vor allem auf die wachsende Verschuldung von Unternehmen außerhalb des Finanzsektors zurückzuführen ist (Grafik 9b, Seite 14).

Die genannten Länder bleiben damit finanziell instabil. Die wirtschaftlichen Abschwungtendenzen, die durch die Versuche einer Reduktion der privaten Verschuldung ausgelöst werden, könnten durch ihre negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum den Abbau der öffentlichen Schulden weiter erschweren.

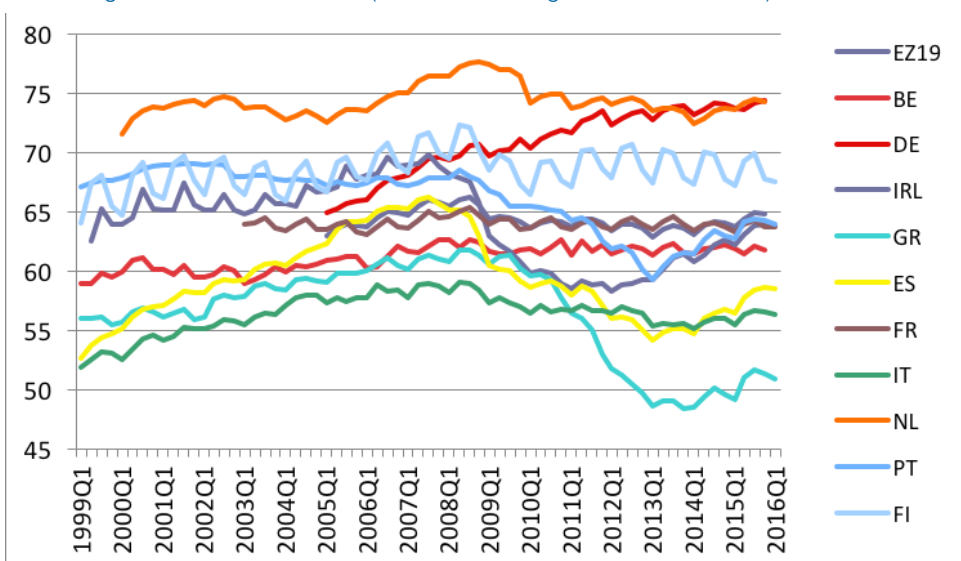
Im ersten Jahrzehnt seit der Einführung des Euro hat sich die Wirtschaftsstruktur der Euroländer grundlegend verändert. In allen Ländern außer Deutschland hat der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP abgenommen, insbesondere in Frankreich, Italien, Spanien und Portugal (Grafik 10). Seit der Rezession des Jahres 2009 hat sich dieser Anteil auf einem Niveau stabilisiert, das dem Stand Deutschlands aus dem Jahr 1999 gleicht. In den anderen Ländern liegt es noch weit darunter. Diese Entwicklung zeugt von einer allgemeinen Tendenz zur Spezialisierung und zur Bündelung der Produktionstätigkeit.

Seit Einführung der Gemeinschaftswährung stieg der Grad an wirtschaftlicher Öffnung, gemessen am Anteil des Exports am BIP, in den Eurostaaten an (Grafik 11a, Seite 16). Während das Niveau jedoch im ersten Euro-Jahrzehnt in Frankreich, Italien und Spanien relativ stabil blieb, entsprach es in Deutschland anfangs ungefähr dem Stand vor der deutschen Wiedervereinigung (1990). Der Abstand zwischen Deutschland und den drei anderen großen Volkswirtschaften der Eurozone hat sich damit im Bereich der wirtschaftlichen Öffnung in den vergangenen 15 Jahren deutlich erhöht (Grafik 11b).

Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit war einer der Gründe für die Schwierigkeiten der Volkswirtschaften in der europäischen „Peripherie“. Und bislang hat sich dieser Wert nur unzureichend verbessert (vgl. weiter oben und Grafik 6a, Seite 10). Im globalen Vergleich ist es lediglich Deutschland gelungen, seinen Anteil am Exportmarkt zu stabilisieren (Grafik 12a, Seite 17). Der

Grafik 7a: Beschäftigungsquote (Erwerbstätige/erwerbsfähige Bevölkerung, pro Quartal in Prozent)

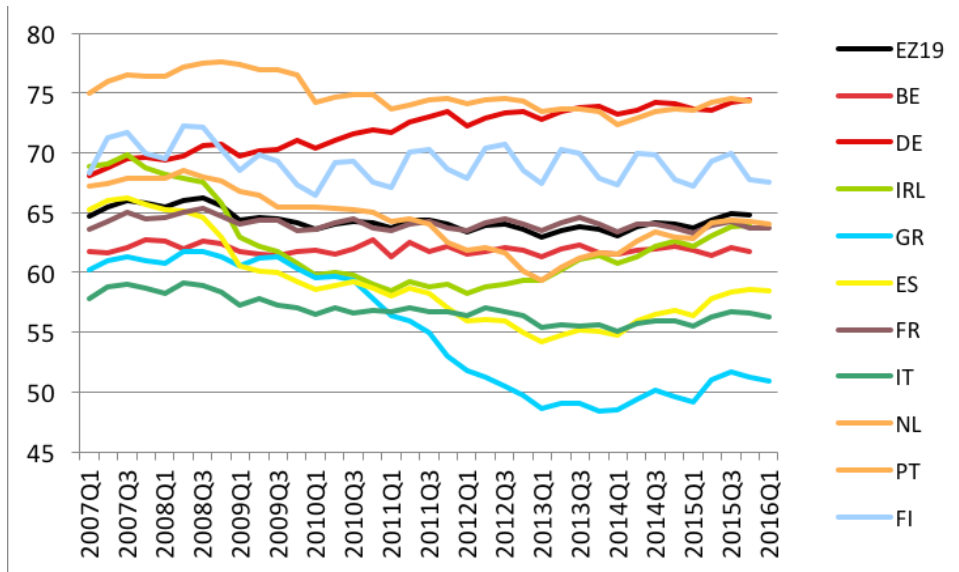
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland) und Eurozonen Durchschnitt, 1999T1–2016T1



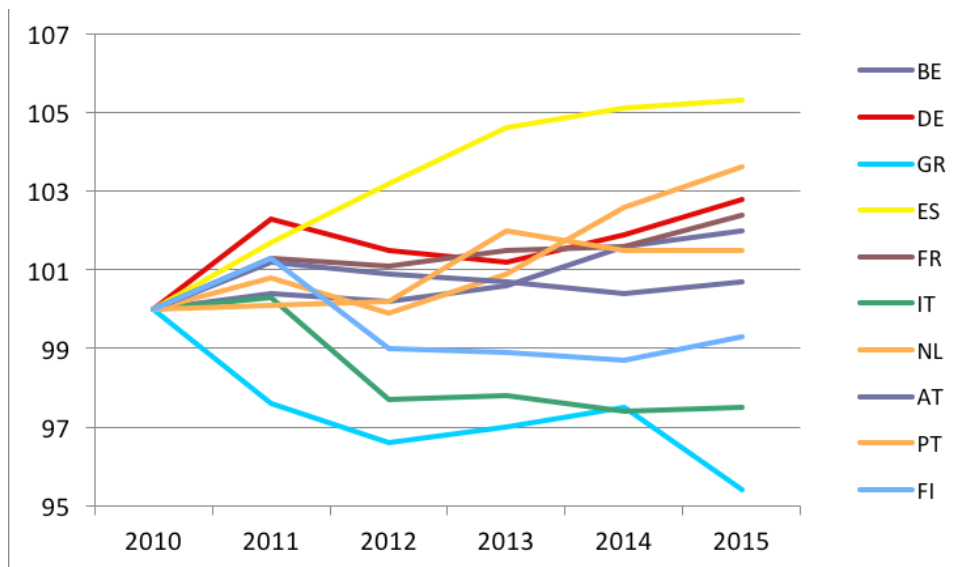
Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfqs_ergan&lang=en, abgerufen am 20.06.2016

Grafik 7b: Beschäftigungsquote (Erwerbstätige/erwerbsfähige Bevölkerung, pro Quartal in Prozent)

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland) und Eurozonendurchschnitt, 2007Q1–2016Q1

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsq_organ&lang=en, abgerufen am 20.06.2016**Grafik 8: Arbeitsproduktivität* (BIP pro Beschäftigtem, 2010=100)**

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland), 2010–2015

Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_lp_ulc&lang=en, abgerufen am 19.07.2016

* Irland fehlt in dieser Grafik wegen der atypischen Entwicklung seines BIP.

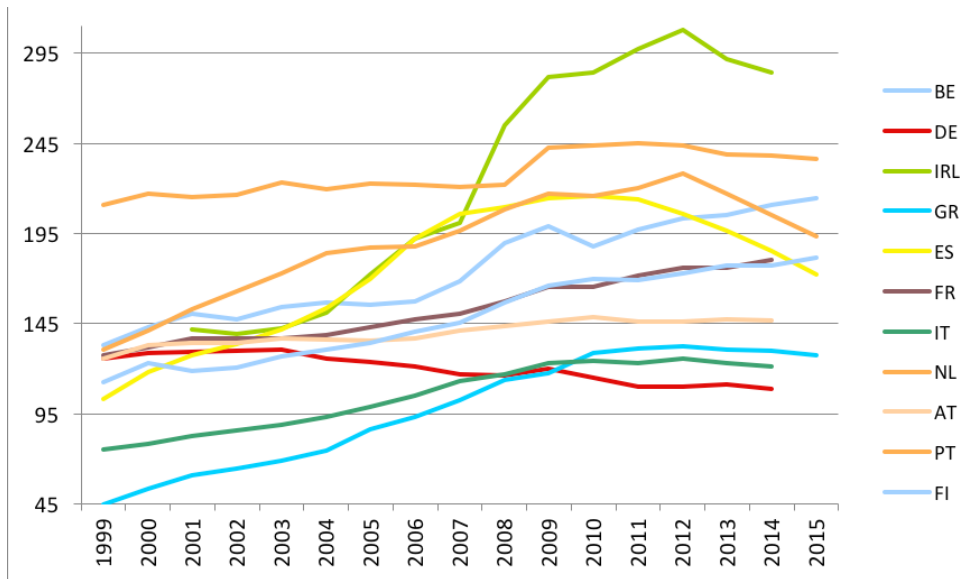
Anteil weiterer Euroländer am internationalen Export war hingegen rückläufig, während die Schwellenländer an Bedeutung gewannen. Die Bemühungen um eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den Ländern, die Finanzhilfen erhielten, seit dem Jahr 2010 konnten diese Tendenz – mit Ausnahme von Irland – nicht umkehren. Frankreich, Spanien und Italien scheinen auf einem guten Weg zu sein, ihre Marktanteile zu stabilisieren, doch Portugal und Griechenland gelingt dies nicht (Grafik 12b).

Trotz dieser Schwächen im Exportbereich ist es seit der Krise im Jahr 2008 vielen Ländern der Eurozone

gelingen, ihre jeweilige Leistungsbilanz deutlich zu verbessern, wie Grafik 13a zeigt. Die Leistungsbilanz ist das Ergebnis der Addition des Handelsbilanzsaldos mit dem Saldo der erhaltenen Erträge für alle ins Ausland gelieferte Waren abzüglich der ans Ausland getätigten Zahlungen. Im ersten Euro-Jahrzehnt war die Leistungsbilanz der Eurozone nahezu ausgeglichen – Leistungsbilanzüberschüsse in einigen Staaten kompensierten die Defizite in anderen Staaten. Doch die Leistungsbilanzen der einzelnen Staaten drifteten in zunehmendem Maße auseinander: Während Deutschland und die Niederlande

Grafik 9a: Bruttoschuldenstand des Privatsektors ohne Finanzbranche (in Prozent des BIP)

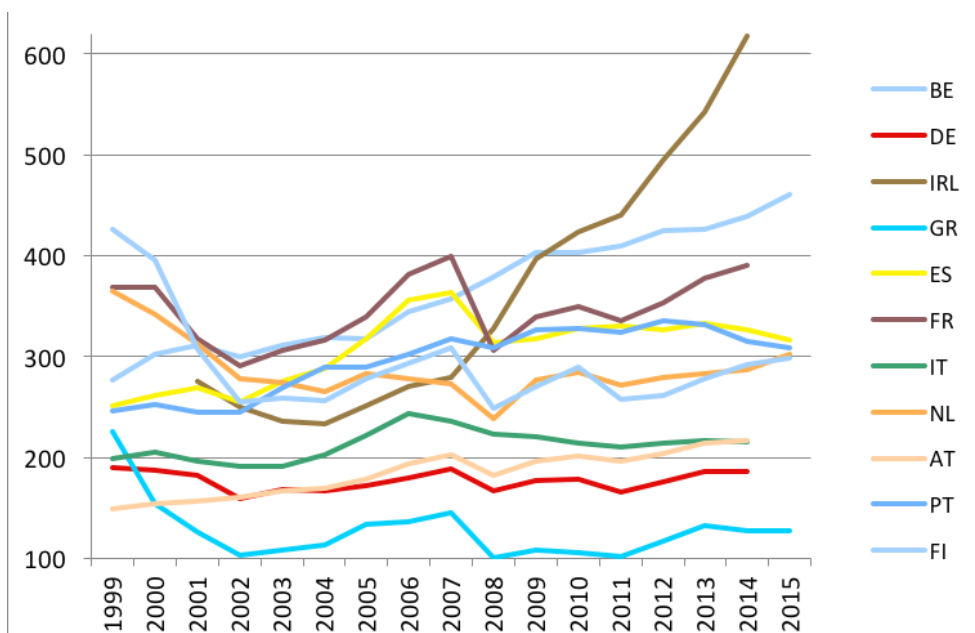
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland).



Quelle: Eurostat 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tipspd10&language=en>, abgerufen am 21.07.2016

Grafik 9b: Bruttoschuldenstand des Privatsektors ohne Finanzbranche (in Prozent des BIP)

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland). Nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften

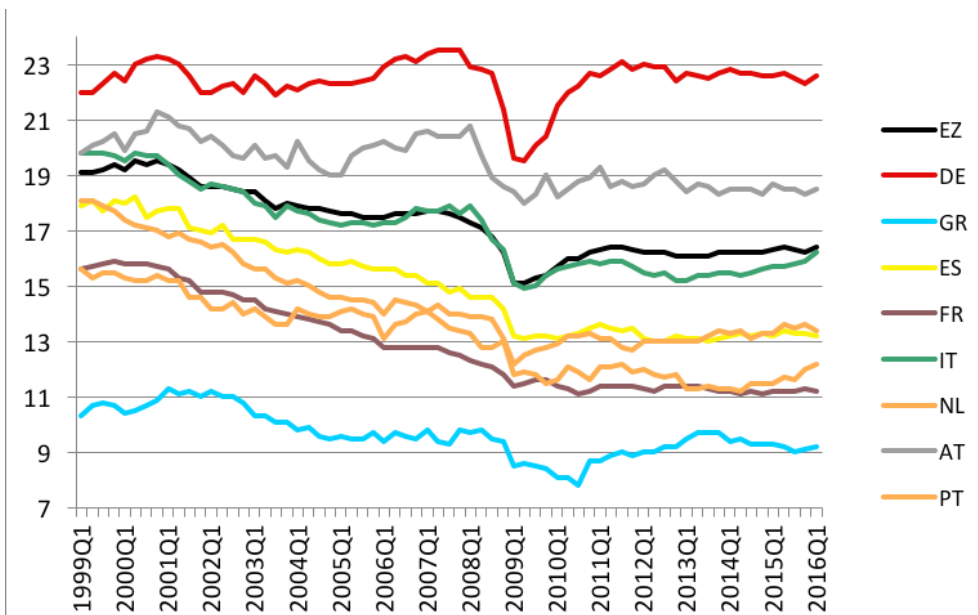


Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nasa_10_f_bs&lang=en, abgerufen am 21.07.2016

wachsende Handelsbilanzüberschüsse verzeichneten, stiegen die Defizite insbesondere in Spanien und Griechenland.¹³ So sicherten also die grenzüberschreitenden Zahlungen Ausgleich und Finanzierung: Diejenigen Länder mit größeren Finanzierungskapazitäten – oder hohen Ersparnissen – finanzierten direkt oder indirekt Länder mit Finanzbedarf, der auf mangelnde Sparrücklagen oder zu hohe Ausgaben zurückzuführen war. Dieses Ausmaß an Bilanzdifferenzen muss nicht unbedingt Zeichen für makroökonomische Ungleichgewichte sein:

Wirtschaftliche Aufholprozesse oder langfristig unterschiedliche demografische Entwicklungen können eine solche Situation dauerhafter – und tragbarer – Divergenzen zwischen nationaler Sparquote und Investitionen im Inland erklären. Die Divergenzen können jedoch auch zu finanzieller Instabilität führen, wenn sie dauerhafte bedeutende Kapitalzuflüsse notwendig machen oder Ausdruck für übermäßige Ausgaben oder Verschuldung sind, wie im Falle der Immobilienblasen in Spanien und Irland in den Jahren vor der Finanzkrise 2007/2008.

Grafik 10: Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP (in Prozent, Quartal)
Auswahl der Gründungsstaaten der Eurozone und Eurozonen Durchschnitt*



Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=namq_10_a10&lang=en, abgerufen am 25.07.2016

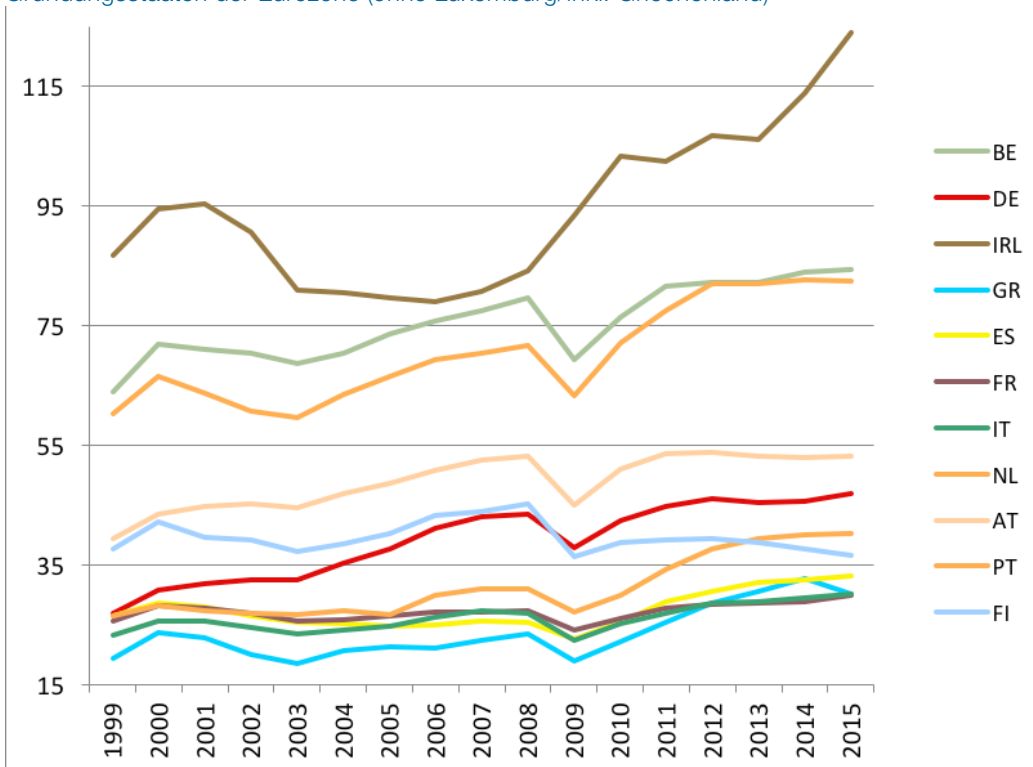
* Fehlende Daten für Belgien. Die Angaben für Irland weisen zum Ende des Zeitraums starke Abweichungen auf. Die Daten für Finnland wurden aus Gründen besserer Lesbarkeit ausgelassen.

Die neuen Überwachungskriterien für makroökonomische Ungleichgewichte, welche die Europäische Kommission in Reaktion auf die Krise verabschiedet hat, beinhalten Obergrenzen für Abweichungen im Rahmen der nationalen Leistungsbilanzen. Diese erscheinen jedoch willkürlich und fallen – auf Drängen Deutschlands – asymmetrisch aus. So liegt die Obergrenze bei vier Prozent des BIP für Leistungsbilanzdefizite und bei sechs Prozent für Leistungsbilanzüberschüsse. Die Strukturanpassungsmaßnahmen, die nach der Staatsschuldenkrise in den betroffenen und zahlreichen anderen Ländern umgesetzt wurden – insbesondere Haushaltssparmaßnahmen und Lohnzurückhaltung –, haben sich negativ auf die Binnennachfrage ausgewirkt, vor allem im Bereich der Investitionen. Zugleich haben die Bemühungen um eine Entschuldung des Privatsektors die Sparquote erhöht. Dies hatte zur Folge, dass die laufenden Defizite seit dem Jahr 2010 sanken und beinahe überall Überschüsse verzeichnet wurden (vgl. Grafik 11a, Seite 16). Nationale Investitionen nahmen nämlich ab und die nationale Sparquote stieg an. Zugleich stiegen die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands, Österreichs und der Niederlande. Deutschland überschritt seit 2011 die Marke von sechs Prozent des BIP und erreichte im Jahr 2015 sogar 8,5 Prozent, die Niederlande 8,6 Prozent. Damit verzeichnete die Eurozone im Jahr 2015 einen Überschuss von mehr als 250 Milliarden Euro. Diese enorme Sparquote hemmt jedoch die Dynamik der Weltwirtschaft.

Politische Schlussfolgerungen

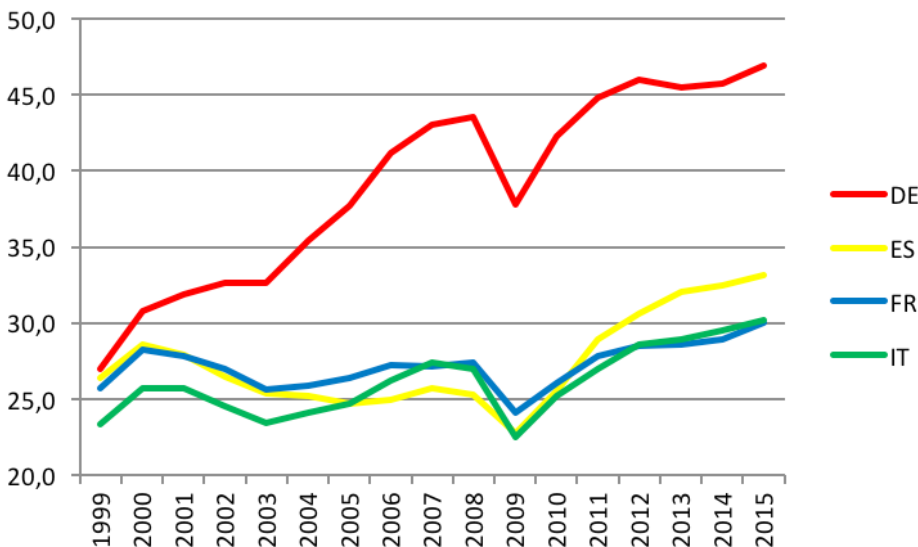
Inspiziert von der Theorie optimaler Währungsräume¹⁴ zeigten sich die Architekten der europäischen Währungsunion überzeugt, dass eine Konvergenz der nationalen Volkswirtschaften für ein gutes Funktionieren einer gemeinsamen Währung notwendig sei. Dies gelte vor allem, da von nun an eine Veränderung der Wechselkursparitäten innerhalb der Eurozone unmöglich war und die gemeinsame Zentralbank eine einheitliche Währungspolitik betreiben würde. Die sogenannten „Maastricht-Kriterien“, die den Kandidaten für einen Beitritt zur Eurozone auferlegt wurden, sollten die Konvergenz schon im Vorfeld der Einführung der Gemeinschaftswährung sicherstellen. Doch hätte eine Einhaltung der Konvergenzkriterien vor der Euroeinführung im Jahr 1998 in zahlreichen Ländern untragbare wirtschaftliche Anstrengungen erfordert, sodass das Verschuldungskriterium letztendlich nicht eingehalten wurde. Zudem stellte sich die Konvergenz als rein nominal heraus, während die tatsächlichen Wirtschaftsstrukturen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Politiken jenseits der Währungspolitik heterogen und isoliert blieben. Die zur Einführung der Gemeinschaftswährung festgelegten Wechselkursparitäten bewerteten außerdem höchstwahrscheinlich die Währungen der Peripheriestaaten zu hoch. Wie bei der Überbewertung der Ostmark bei der Festlegung von Wechselkursparitäten nach der deutschen Wiedervereinigung wirkte sich dies negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus.

Grafik 11a: Handelsöffnung (Anteil der Exporte am BIP in Prozent)
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland)



Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_gdp&lang=en, abgerufen am 25.07.2016

Grafik 11b: Handelsöffnung (Anteil der Exporte am BIP in Prozent)
Die vier größten Volkswirtschaften der Eurozone



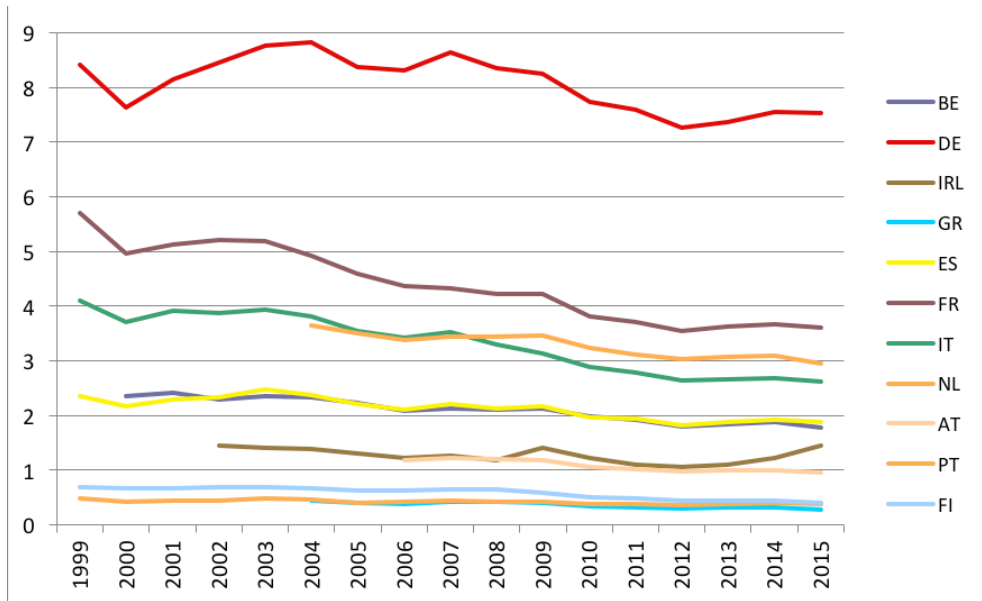
Quelle: Eurostat 2016, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_gdp&lang=en, abgerufen am 25.07.2016

Obwohl die Ungleichgewichte, vor allem im Finanzbereich, während des ersten Eurojahrzehnts wuchsen, wurden sie weitgehend von der nominalen Konvergenz verschleiert. Dies gilt insbesondere im Bereich der langfristigen Zinssätze: die Unterschiede zwischen den nationalen Renditen der Staatsanleihen lagen in den Jahren vor der

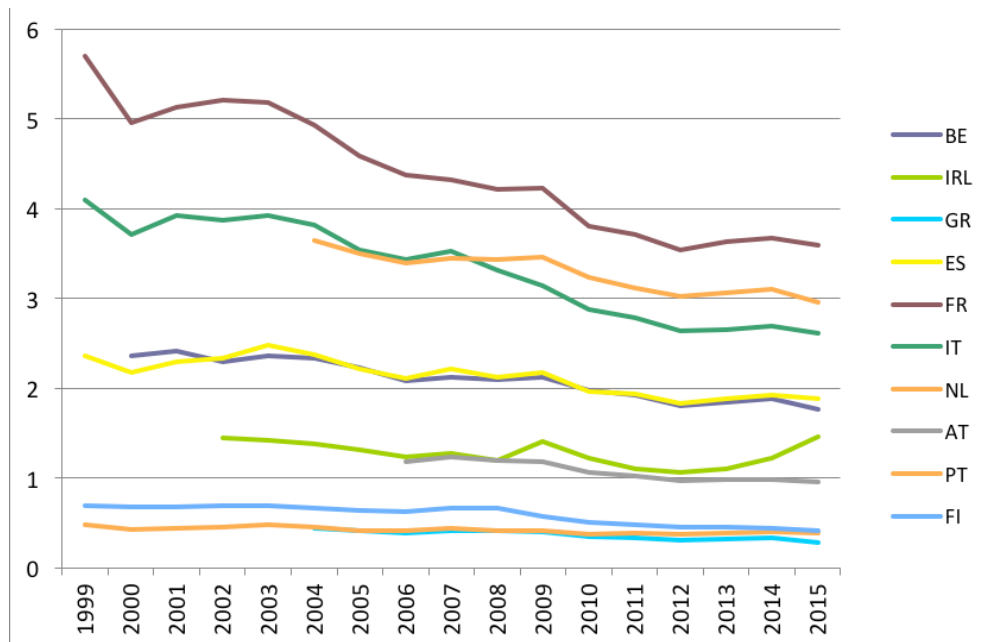
Krise von 2008 fast bei Null. Dennoch unterschieden sich die Länder in ihren Inflationsraten¹⁵ und die Ungleichgewichte im Bereich der Leistungsbilanz nahmen zu. Die Finanzkrise 2007/2008 und die Rezession 2009 offenbarten diese Ungleichgewichte und die wirtschaftliche und

Grafik 12a: Anteile am Exportmarkt (in Prozent der weltweiten Exporte)

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland)

Quelle: Eurostat 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=fr&pcode=tipsex20>, abgerufen am 19.07.2016**Grafik 12b: Anteile am Exportmarkt (in Prozent der weltweiten Exporte)**

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Deutschland und Luxemburg/inkl. Griechenland)

Quelle: Eurostat 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=fr&pcode=tipsex20>, abgerufen am 19.07.2016

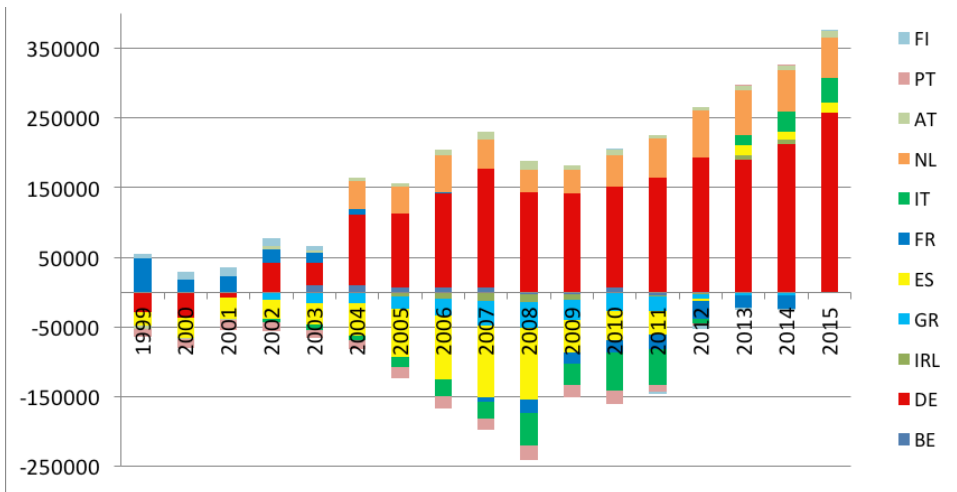
finanzielle Heterogenität der Eurozone, insbesondere im Bereich der öffentlichen Finanzen.

Die bestehenden Regelwerke und die Empfehlungen der Europäischen Kommission im Bereich der Struktur-reformen verpflichteten die Euroländer – insbesondere jene, die nach der Staatsschuldenkrise des Jahres 2010

finanzielle Unterstützung erhielten – zur Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen wie Haushaltseinsparungen, Abwertung über Steuermaßnahmen (fiscal devaluation) und interne Abwertung (inner devaluation, v. a. Senkung der Lohnkosten). Sie trugen nicht zur Konvergenz bei, ganz im Gegenteil: Die Anpassungsmaßnahmen bremsten

Grafik 13a: Leistungsbilanz (jährlich, in Millionen Euro)

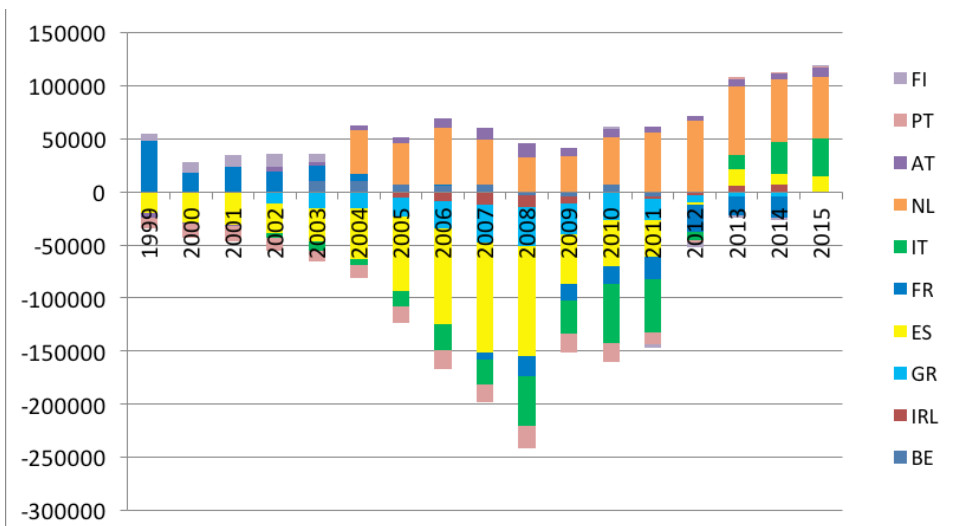
Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Luxemburg/inkl. Griechenland)



Quelle: Eurostat 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=fr&pcode=tipsbp14>, abgerufen am 19.07.2016

Grafik 13b: Leistungsbilanz (jährlich, in Millionen Euro)

Gründungsstaaten der Eurozone (ohne Deutschland und Luxemburg/inkl. Griechenland)



Quelle: Eurostat 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=fr&pcode=tipsbp14>, abgerufen am 19.07.2016

die Nachfrage, verzögerten den wirtschaftlichen Aufschwung und verschärften bestehende Ungleichgewichte, vor allem im Bereich der Arbeitsmärkte. Letztendlich vergrößerten sie die Divergenzen in einigen Bereichen sogar und verlangsamten den Abbau der Staatsschulden.

Die Schwierigkeiten der Staaten in der „Peripherie“ der Eurozone sind in starkem Maße auf den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit seit der Einführung der Gemeinschaftswährung zurückzuführen. Bedingt wurde dieser häufig durch verfehlte nationale Politik, weil keine geeigneten Marktsignale geschaffen wurden. Ein weiterer Grund war die exzessive Verschuldung, vor der Krise vor allem im Privatsektor, nach der Krise in verstärktem Maße im öffentlichen Sektor. Es wäre daher sinnvoll gewesen, sich verstärkt diesen Ursachen zu widmen, anstatt lediglich

auf die Symptome der Krise zu reagieren. Die Sparpakete, die das Wirtschaftswachstum schwächten und die Entschuldung im privaten wie im öffentlichen Sektor erschwerten, und eine Politik der „internen Abwertung“ durch Lohnzurückhaltung, Senkung der Sozialausgaben, welche die Produktionskosten belasten, oder Anhebung der Mehrwertsteuer fördern die Wettbewerbsfähigkeit lediglich auf Kosten der Wirtschaftspartner. Stattdessen wäre es wünschenswert gewesen, Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Potenzials für nachhaltiges Wachstum zu unterstützen oder sogar über die europäischen Hilfsfonds zu finanzieren. Dies hätte auch mit den Zielen der Strategie „Europa 2020“ in Einklang gestanden: Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie in die Ausbildung von

Humankapital, was zur Steigerung der Produktivität und damit der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen und damit der gesamten Eurozone Mehreinnahmen beschert hätte, die den Schuldenabbau befördern würden.

Jenseits der Kosten, die für die betroffenen Länder entstehen, gibt es die Gefahr, dass bestehende Ungleichgewichte und die daraus resultierenden Divergenzen in der Eurozone die künftige Arbeit der Europäischen Zentralbank (EZB) erschweren, da die währungspolitische Orientierung nicht mehr für alle dieselbe ist. Anzeichen für eine solche Entwicklung lassen sich bereits seit einigen Monaten beobachten. Die lockere Geldpolitik zur Vermeidung einer drohenden Deflation, zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Krisenländern und zur Erleichterung der Schuldenlast wird heute vor allem in

den Ländern kritisiert, die – wie Deutschland – beinahe Vollbeschäftigung, aber auch wachsende Spannungen in Bezug auf das Einkommensniveau kennen, und in denen die Sparer ihre Rendite als unzureichend empfinden.

Jacques Le Cacheux ist Professor für Wirtschaftswissenschaften und lehrt u.a. an Sciences Po, Paris. Außerdem ist er Forschungsdirektor am OFCE (Observatoire français des conjonctures économiques).

Aus dem Französischen von **Katrin Sold**.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu insbesondere: Jacques Le Cacheux, The Challenges and Trappings of Convergence, in: L'Europe en formation, Journal of Studies on European Integration and Federalism, 2009/1, Nr. 351, S. 35-47; Eloi Laurent, Jacques Le Cacheux, Report on the State of the European Union, Bd. 4, Is Europe Sustainable?, London 2015. Vgl. auch die Studie der Generaldirektion Ecfm: Europäische Kommission, Quarterly Report on the Euro Area, ECFIN, Bd. 15, Nr. 2, Juli 2016, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/eeip/pdf/ip030_en.pdf.
- 2 Alle Grafiken bilden zehn Gründungsmitglieder der Eurozone ab (ohne Luxemburg) – sowie Griechenland, das der Eurozone im Jahr 2001 beitrug.
- 3 Im Juli 2016 korrigierte die irische Statistikbehörde die offizielle Angabe zur BIP-Wachstumsrate von 7,8 auf 26,3 Prozent! Diese Entwicklung offenbart, wie flüchtig und teilweise künstlich die BIP-Werte kleiner Volkswirtschaften mit enger EU-Verflechtung sind. Die hier angegebenen Werte des EU-Statistikamts Eurostat bilden diese massive Korrektur nicht ab. Vgl. auch die untenstehenden Angaben zum Pro-Kopf-Einkommen.
- 4 Der Fall kleiner Volkswirtschaften mit großer wirtschaftlicher Verflechtung und umfangreichen Steuervorteilen wie z. B. Irland – siehe vorhergehende Anmerkung – oder Luxemburg ist hier besonders interessant: Das BIP dieser Volkswirtschaften ist zum Teil künstlich aufgebläht durch Finanzoperationen von Ausländern (Luxemburg) oder durch Buchungsvorgänge multinationaler Unternehmen, die ihre Gewinne in Länder mit hohen Steuervorteilen transferieren (Irland).
- 5 Vgl. die detaillierten Analysen des iAGS-Projekts, z. B. OFCE-ECLM-IMK-AK, Give Recovery a Chance, Fourth iAGS Report, 15.11.2015, http://www.iags-project.org/documents/iags_report2016.pdf.
- 6 Die mangelnde Koordination konjunkturepolitischer Maßnahmen nach der Krise 2007/2008 ist Gegenstand folgender Analyse: Jacques Le Cacheux, How to Herd Cats: Economic Policy Coordination in the Euro Zone in Tough Times, in: Journal of European Integration, Bd. 32, Nr.1/2010, S. 41-58.
- 7 Vgl. Le Cacheux, Laurent, Is Europe Sustainable? a.a.O. (Anm. 1)
- 8 Unter den jüngeren Studien, welche die Wirkung von fiskalischen Multiplikatoren bewerten, vgl. v.a. Creel, E. Heyer, M. Plane, Petit précis de politique budgétaire par tous les temps, Les multiplicateurs budgétaires au cours du cycle, in: Revue de l'OFCE, 2011, <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/revue/2-116.pdf>, und die Studie des Internationalen Währungsfonds: Olivier Blanchard, Daniel Leigh, Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers, in: American Economic Review 103, Nr. 3, Mai 2013.
- 9 Frankreich musste bereits zwei Mal um einen Aufschub beim Erreichen der Haushaltsziele bitten und noch ist nicht sicher, ob das Haushaltsdefizit im Jahr 2017 wie zugesichert unter der Marke von 3% bleiben wird. Gegen Spanien und Portugal hat die Europäische Kommission im Juli 2016 ein Sanktionsverfahren eingeleitet, und Griechenland kämpft nach wie vor mit großen finanzpolitischen Problemen.
- 10 Die Beschäftigungsquote wird als Verhältnis zwischen der Zahl der Erwerbsfähigen zwischen 15 und 64 Jahren und der Gesamtbevölkerung berechnet. Sie gilt als bessere Maßeinheit als die Arbeitslosenquote, wenn es darum geht, die Integration der Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt zu erfassen, denn sie bildet Phänomene wie zum Beispiel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Sabbaticals und Elternzeit ab, die in der Arbeitslosenstatistik nicht verzeichnet werden. Sie vernachlässigt jedoch irreguläre Beschäftigungsverhältnisse (Schwarzarbeit), ein Phänomen, das höchstwahrscheinlich in den Staaten in der „Peripherie“ der Eurozone seit der Krise 2009 stark zugenommen hat.
- 11 In Finnland kündigte die Regierung Anfang 2016 ein umfangreiches Programm struktureller Reformen an, das Kürzungen der Gehälter und Sozialabgaben ebenso umfasst wie Arbeitszeitverlängerungen. Es zielt darauf ab, dem drohenden Verlust der finnischen Wettbewerbsfähigkeit zu begegnen, läuft jedoch Gefahr, nur zusätzlich die Abwärtsspirale der „inner devaluation“ zu verstärken.
- 12 Vgl. hierzu die Empfehlungen in: Eloi Laurent, Jacques Le Cacheux, Zone euro: No future ?, Lettre de l'OFCE, 320, 14.06.2010, <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/lettres/320.pdf>.
- 13 Vgl. zu den wachsenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten während des ersten Euro-Jahrzehnts Jacques Le Cacheux, The Challenges and Trappings of Convergence, a.a.O. (Anm. 1).
- 14 Vgl. den Beitrag, der die Theorie begründete und dessen Einfluss auf die Gründungsmitglieder der Eurozone unbestreitbar ist: Robert Mundell, A Theory of Optimal Currency Areas, in: American Economic Review, Jg. 51, Nr. 4, September 1961.
- 15 Vgl. Jacques Le Cacheux, The Challenges and Trappings of Convergence, a.a.O. (Anm. 1)

